

Protokollauszug

Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 01.02.2024

Zu Ö 4 Mitteilung über die Stellenbedarfe der Schulsozialarbeit für das Jahr 2024 ungeändert beschlossen FB 45/0463/WP18

Herr M. Fischer dankt der Verwaltung für die hervorragende Arbeit und ist erfreut, dass mittlerweile alle Aachener Schulen mit mindestens 0,5 VZÄ an Schulsozialarbeit ausgestattet seien. Auch hätten in der Vergangenheit schnelle Lösungen erarbeitet werden können für Grundschulen, welche noch keine Schulsozialarbeit implementiert hatten. Hier danke er insbesondere der neuen Leiterin des Teams Schulsozialarbeit, Frau Krüger, und Herrn Grundmann als Abteilungsleiter Jugend. Immer mehr Schulen würden den Bedarf für die enorm wichtige pädagogische Arbeit dieser Fachkräfte erkennen. Die Verwaltung habe mit der Bedarfsermittlung aufgezeigt, dass weitere neun VZÄ notwendig seien, um allen Schulen gerecht werden zu können. In diesem Zusammenhang sei er schockiert über den Antrag zum Haushalt der Grünen-Fraktion und der SPD, dass lediglich zwei neue VZÄ geschaffen werden sollen. Daher stelle er bereits unter diesem Tagesordnungspunkt den Antrag, in den Haushalt insgesamt neun VZÄ einzustellen. Auch der Beschluss zu dem aktuellen Tagesordnungspunkt Ö4 sollte dahingehend ergänzt werden.

Herr Rohé erkundigt sich, worauf sich der von der Verwaltung festgestellte Bedarf stütze.

Herr Grundmann erläutert, dass in der Vorlage nur die bereits vorliegenden Anträge der Schulen betrachtet worden seien und noch keine Prüfung oder abschließende Bewertung stattgefunden habe. Jedoch habe die Verwaltung insgesamt einen guten Überblick über die tatsächlichen Bedarfe.

Herr Rohé ist der Meinung, dass noch mehr zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit sicherlich wünschenswert und hilfreich seien, jedoch stünden im Haushalt nur begrenzte Mittel zur Verfügung und diese würden durch die zwei zusätzlichen VZÄ sinnvoll eingesetzt. Insgesamt habe die Stadt Aachen schon viel in diesem Bereich geleistet. Um noch genauer erkennen zu können, wo die Bedarfe seien, könnte ein Raster entwickelt werden, anhand welchem die Stellenanteile gerecht und priorisiert verteilt werden könnten. Es sei schließlich immer noch eine Verwaltung von Mangel.

Herr Becker stimmt dem zu. Im letzten Haushalt seien bereits weitere sechs VZÄ eingestellt worden, so dass aktuell an jeder Schule mindestens 0,5 VZÄ verorten wären. Daher würden die Fraktionen zunächst einmal zwei weitere VZÄ empfehlen und nach Abschluss der Bedarfsprüfung durch die Verwaltung die Situation neu bewerten und gegebenenfalls nach steuern.

Herr Hecker schließt sich inhaltlich der Rede von Herrn Fischer an. Gerade nach der Corona-Pandemie herrsche hoher Bedarf nach pädagogischer Unterstützung von vielen Kindern. Daher sei die Schulsozialarbeit so wichtig, die CDU würde sich daher dem Antrag der Linken Fraktion auf neun VZÄ anschließen. Kinder und Jugendliche dürften nicht vernachlässigt werden.

Auch Herr Bogoczek schließt sich dem Antrag der Linken Fraktion an, da gerade in diesem Bereich kurzfristig nachgesteuert werden müsse.

Frau Griepentrog gibt den Hinweis, dass mit der aktuellen Diskussion dem nächsten Tagesordnungspunkt zum Haushalt vorgegriffen werde. Zudem habe der Ausschuss bereits im Oktober letzten Jahres festgestellt, dass ein kurzfristiges Reagieren auf aufkommende Bedarfe an den Schulen nicht möglich sei. Daher habe der Ausschuss die Verwaltung mit einer Bedarfsabfrage beauftragt und diese sei nun erfolgt. Daher sollte der Bericht an dieser Stelle zunächst zur Kenntnis genommen werden und erst bei den Haushaltsberatungen über die genaue Ausgestaltung der Mehrbedarfe diskutiert werden.

Herr M. Fischer ist mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Er wolle den Beschlussvorschlag weiterhin um die Einrichtung von neun weiteren VZÄ ergänzen, das sollte dann auch so abgestimmt werden. Er ist der Meinung, dass jede Schule ihre Bedarfe genauestens analysiert und an die Verwaltung zurückgemeldet habe. Hinzu komme, dass es eine Landesaufgabe sei, die Schulen mit pädagogischem Personal auszustatten und da das Land dieser Aufgabe nicht nachkomme, sei die Kommune in der Pflicht, dies für die Schulen zu übernehmen. Hier müsse sich die Kommune fokussieren, denn die Arbeit der Schulsozialarbeit sei enorm vielschichtig und arbeitsintensiv und es sollte an dieser Stelle nicht gespart werden für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt.

Herr Menzel gibt zu bedenken, dass die Folgen der Corona-Pandemie für Erwachsene längst nicht so gravierend seien wie für Kinder und Jugendliche. Diese hätten noch viel aufzuholen aus den vergangenen Jahren und an dieser Stelle sei die Schulsozialarbeit unverzichtbar.

Frau Zoworka erklärt, dass die Bezirksschüler*innenvertretung ebenfalls Umfragen an den Schulen durchgeführt habe aus denen der enorme Bedarf für pädagogische Unterstützung hervorgehe. Daher sollte die Unterstützung keine Frage der Mittelbereitstellung sein, denn die Kinder und Jugendlichen seien die Zukunft für die Stadt und daher müsse diesen jetzt Hilfe angeboten werden.

Frau Griepentrog lässt über den Antrag abstimmen, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:
„Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Personal- und Verwaltungsausschuss 9 VZÄ für Schulsozialarbeit im Stellenplan einzurichten.“

Der Antrag wird mehrheitlich mit 8 Stimmen abgelehnt. Es wird daher über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
einstimmig